

Windkraftbaustellen verwaist: Windkraft weiter im Abwärtstrend

IG Windkraft fordert Nationalrat auf die Windrad-Warteschlange jetzt abzubauen

St. Pölten, am 27.6.2019: Seit fünf Jahren befindet sich die Windbranche im steilen Abwärtstrend. Allein in dieser Zeit sind in der Windbranche 1.600 Arbeitsplätze verloren gegangen. Durch die Regierungskrise in Österreich ist ein riesiges Klimaschutzvakuum von rund vier Jahren entstanden“, so Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft und fordert vom Nationalrat, den 176 fertig genehmigten Windkraftwerken die Umsetzung durch eine Novelle des Ökostromgesetzes zu ermöglichen.

Seit fünf Jahren befindet sich die Windkraft auf steiler Abwärtsfahrt. Konnten 2014 noch 141 Windräder errichtet werden, waren es 2018 netto mit 53 Windrädern nur mehr ein gutes Drittel. Gleichzeitig stecken nach wie vor 176 fertig genehmigte Windräder mit einer Leistung von 576 MW in der Warteschlange fest und können nicht gebaut werden, weil die Politik die Förderungen dafür nicht bereitstellen will. „Das ist wirklich niemandem zu erklären, dass wir seit Jahren von der Politik hören, wie wichtig Klimaschutz ist, aber beim Ausbau der erneuerbaren Energien die Politik nur auf der Bremse steht.“

Klimaschutzbaustelle in Österreich

Österreich wird das Erneuerbare-Energien-Ziel für 2020 in Höhe von 34 % am Gesamtenergieverbrauch voraussichtlich nicht erreichen. Der Anteil erneuerbarer Energie am Stromverbrauch ist laut Statistik Austria erstmals seit 2010 wieder gesunken (von 73,3 % auf 72,2 %). Die Treibhausgas-Emissionen liegen seit 30 Jahren auf ungefähr gleichem Niveau. Laut Umweltbundesamt sind sie seit drei Jahren wieder im Steigen begriffen, obwohl aus Klimaschutzgründen und aufgrund rechtsverbindlicher Klimaschutzverpflichtungen eine deutliche Reduktion geboten ist. „Österreich ist trotz vieler Bekenntnisse auf keinem guten Weg“, erklärt Moidl: „Diesem Trend müssen jetzt konkrete Maßnahmen entgegengestellt werden.“

Politikversagen bringt Investitionsrückgang und Jobabbau

Durch den starken Abwärtstrend des Windkraftausbaus in Europa, gepaart mit der stark

degressiven Entwicklung in Österreich gingen vergangenes Jahr allein in der Zuliefer- und Dienstleistungsindustrie rund 400 Arbeitsplätze in Österreich verloren. Konnten 2014 noch 5.600 Personen für die Windbranche arbeiten, sind es 2018 nur mehr 4.000 Personen. „1.600 Green Jobs reduziert zu haben, ist eine stolze Leistung der Politik in der Hochzeit der Klimakrise“, ärgert sich Moidl.

Politische Chancen müssen jetzt genützt werden

„Durch das abrupte Ende der letzten Regierung sind weitere zwei Jahre vergangen, in denen für den Klimaschutz nichts getan wurde“, so Moidl: „Durch die Neuwahlen im September ist davon auszugehen, dass sich die längst überfällige Erneuerung des Ökostromgesetzes weitere ein bis zwei Jahre verzögern wird. Die IG Windkraft fordert daher das derzeitige Parlament auf, zumindest die bereits bewilligten Ökostromkraftwerke loszueisen und die Warteschlange beim Ökostromgesetz abzubauen.“ Allein die 176 fertig genehmigten Windräder könnten sofort errichtet werden und Strom für 380.000 Haushalte liefern. Dabei würde so viel CO₂ eingespart werden, wie 380.000 Autos ausstoßen. Mit der Investition von knapp einer Milliarde Euro würden sofort 3.450 Personen auf den Windradbaustellen eine Arbeit finden und weitere 345 Personen für den Betrieb und die Wartung der Anlagen langfristig angestellt werden.

„Der Nationalrat ist jetzt gefordert, das entstehende Klimaschutzvakuum mit einer kurzfristigen Anpassung des Ökostromgesetzes zu füllen“, so Moidl abschließend.